https://tkp.at/2023/04/18/klage-von-eu-lobbyist-reicht-klage-ein-leyens-pfizer-sms-erstmals-fall-fuer-strafrecht/ 18.4.2023

EU-Lobbyist reicht Klage ein: Leyens Pfizer-SMS erstmals Fall für Strafrecht

Mit einer Klage gegen Ursula von der Leyen vor einem belgischen Gericht wird der Pfizer-Deal erstmals strafrechtlich relevant. der Kläger sieht auch große Chancen, an die Pfizer-SMS der EU-Kommissionspräsidentin zu kommen. Auch EU-Abgeordnete nehmen die Anzeige ernst.

Eine neue Anzeige gegen Ursula von der Leyen wurde in Belgien eingebracht. Darin wird der EU-Kommissionspräsidentin „Amtsanmaßung und Titelmissbrauch", „Vernichtung öffentlicher Dokumente" und „illegale Interessensvertretung und Korruption" vorgeworfen. Kläger ist Frédéric Baldan, ein akkreditierter EU-Lobbyist.

Leyen-SMS werden Fall für Strafrecht

Der Vorwurf von Baldan betrifft unter anderen den Pfizer-Deal der EU. So habe sich Leyen „ohne jegliches Mandat" an die Stelle der Mitgliedsstaaten gesetzt, indem sie „direkt und geheim", unter anderem per SMS mit dem CEO von Pfizer die Verträge über den Kauf von Impfstoffen aushandelte. Durch die Klage von Baldan nimmt die SMS-Affäre von Leyen erstmals eine strafrechtliche Dimension an.

Nach belgischem Recht ist nämlich von der Leyen persönlich für die Handlungen verantwortlich und nicht die Kommission im Allgemeinen. Die Kommission wurde aufgrund der Impfstoffdeals bereits Thema beim Europäischen Ombudsmann und beim Gerichtshof der Europäischen Union. Dabei hatte es sich aber um Verwaltungsbeschwerden gehandelt.

Mit der Klage gegen Leyen könnte ihre Immunität aufgehoben werden. Sie soll im Alleingang zusätzliche Pfizer-Dosen im Wert von 1,8 Milliarden Euro ausgehandelt haben – an den Mitgliedsstaaten und der Kommission vorbei – per SMS direkt mit Pfizer-CEO Albert Bourla.

Baldan hat die Klage am 5. April vor dem erstinstanzlichen Gericht in Lüttich eingereicht. Jetzt muss der Richter ermitteln. Er könnte bereits die Aufhebung der Immunität beantragen, sollte der diese die Ermittlungen behindern, sagte die Juristin Diane Portat am vergangenen Freitag im französischen „France Soir" bei einem Interview mit Baldan. …..

https://breaking-news-saarland.de/gegen-lehrer-schueler-und-kita-kinder-regionalverband-verhaengt-bussgelder-und-betretungsverbote/
17.4.2023

Gegen Lehrer, Schüler und Kita-Kinder: Regionalverband verhängt Bußgelder und Betretungsverbote

Saarbrücken: Das Gesundheitsamt des Regionalverbands Saarbrücken verschickt in diesem Monat erstmals Bußgeldbescheide und Betretungsverbote auf Grundlage des Masernschutzgesetzes. Aktuell geht die Behörde davon aus, dass 274 Schüler ein Bußgeld erhalten werden. Zudem werden zwei Kinder ohne nachgewiesenen Masernschutz ein Betretungsverbot für Kindertagesstätten erhalten. Mit Betretungsverboten müssen derzeit auch vier Mitarbeiter von Kliniken rechnen.

Gemeinschaftseinrichtungen, in denen überwiegend Minderjährige betreut werden, müssen dem Gesundheitsamt melden, wenn es ungeimpfte Mitarbeiter, Jugendliche oder Kinder dort gibt. Allein im Regionalverband betrifft das rund 30.000 Schüler. Bislang haben 51 Schulen gemeldet, dass insgesamt 550 Schüler keinen Nachweis einer Masernschutzimpfung geliefert haben. In rund der Hälfte dieser Fälle haben die Betroffenen aber noch Zeit, diesen Nachweis zu erbringen. Bei Schülern steht die Schulpflicht über dem Masernschutzgesetz, deshalb sind für sie keine Betretungsverbote, sondern nur Bußgelder möglich. Die können bis zu 2.500 Euro reichen.

Bei ungeimpften Lehrern greift jedoch das Betretungsverbot. Es gilt auch für Personen, die in Gemeinschaftseinrichtungen oder medizinischen

Einrichtungen arbeiten, wie Erzieher, Tagespflegepersonen und medizinisches Personal.

So kommen auch auf vier Mitarbeiter aus Krankenhäusern im Regionalverband nun Betretungsverbote zu. Für Bußgeldbescheide und Betretungsverbote gilt: Bei einem rechtzeitigen Impfnachweis vor Versand des Bescheids können sie zurückgenommen werden. Das Masernschutzgesetz gilt seit 1. März 2020. Seitdem muss bereits bei Neuanmeldungen an Kitas und Schulen ein Impfnachweis vorgelegt werden. Das Gesetz soll den Schutz vor Masern in Kindergärten, Schulen und anderen Gemeinschaftseinrichtungen sowie in medizinischen Einrichtungen fördern.

https://www.rechtsanwalt-verfassungsrecht.de/Pressemitteilungen/Wichtiger_Teilerfolg_gegen_das_sog._Masernschutzgesetz_-_Berliner_Verwaltung_hebt_Zwangsgeldandrohung_gegenueber_jungem_ungeimpften_Berliner_Abiturienten_nach_richterlichem_Hinweis_auf
17.4.2023

Das sog. "Masernschutzgesetz" beschäftigt weiter im erheblichen Maße die Verwaltungsgerichte. Die Berliner Verwaltung drohte einem ungeimpften Abitu-rienten den Erlass eines Zwangsgeldes, welches ersatzweise auch per Zwangshaft umgesetzt werden sollte, an. Das angedrohte Zwangsgeld sollte im Falle weiteren Ungeimpft-Bleibens des 18 Jahre alten Internatschülers 1000€ betragen. Auch ein Betretungsverbot wurde in Aussicht gestellt.

Hiergegen legte Rechtsanwalt Dr. Lipinski Widerspruch ein und stellte beim Verwaltungsgericht Berlin einen Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs. Das Verwaltungsgericht Berlin erteilte vor kurzem einen schriftlichen Hinweis an die Bezirksverwaltung Friedrichshain-Kreuzberg des Inhalts, dass der Erlass eines Zwangsgeldbescheides unzulässig sei. Offenbar fürchtete die Berliner

Bezirksverwaltung einen Präzedenzfall und nahm daraufhin die Androhung eines Zwangsgeldes, von der Öffentlichkeit unbemerkt, zurück.

Rechtsanwalt Dr. Lipinski: "Wir haben nunmehr eine Teilerledigungserklärung abgeben müssen, welcher sich die Gegenseite angeschlossen hat. Das Verfah- ren ist jedoch noch nicht beendet, da wir auch einen Feststellungsantrag (Haupt-sacheantrag und Eilantrag) gestellt haben, der darauf abzielt, (vorläufig) feststellen zu lassen, dass der Abiturient nicht unter das sog. "Masernschutzgesetz" fällt, weil sowohl das formelle Zitiergebot verletzt ist als auch das Gesetz generell verfassungs- und menschenrechtswidrig ist."

Der Fall ist auch deshalb bemerkenswert, weil es, soweit ersichtlich, bundesweit der erste gerichtliche Fall ist, der das in der Öffentlichkeit bislang kaum bekannte gesetzliche Abitur-Verbot für Ungeimpfte, die bereits die landesgesetzliche Schulpflichtdauer absolviert haben, in den Mittelpunkt stellt. Sowohl die zuständige Ärztin des Gesundheitsamts, die eine sog. "Impfberatung" durchgeführt hatte, als auch die Behörde gegenüber dem Schulleiter haben mit dem Erlass eines Betretungsverbotes gedroht bzw. dargelegt, dass der erst seit etwas mehr als 1 Jahr das Internat besuchende Schüler ungeimpft gar nicht hätte erst aufgenommen werden dürfen.

Der Fall belegt einmal mehr, dass das sog. "Masernschutzgesetz", dessen Be- zeichnung korrekterweise eher "Masernhysteriegesetz" lauten müssen, grob unverhältnismäßig ist. Rechtsanwalt Dr. Lipinski: "Es ist einmal mehr im höchsten Maße unbefriedigend, dass das Bundesverfassungsgericht seit nunmehr mehr als 2 Jahren immer noch nicht über einen Eilantrag, betreffend die gesetzliche Masernkombi-Impfpflicht im Bereich der Schulen, entschieden hat und auf Sachstandsanfragen und auf eine Verzögerungsrüge schon gar nicht mehr reagiert."

Wann mit einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin zu rechnen ist, ist derzeit noch nicht absehbar.

https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/corona-impfschaeden-haftung-hersteller-erfolgschancen-100.html#xtor=CS5-62 19.4.2023

Welche Hürden es gibt : Covid-Impfschäden: Müssen Hersteller haften?

Wer einen Impfschaden erlitten hat, kann gegen die Impfstoff-Hersteller vorgehen und staatliche Leistungen beantragen. Doch die Hürden für Schadensersatz sind hoch.

Die Corona-Impfungen waren für viele ein Segen, für Einzelne wurden sie durch Nebenwirkungen zum Fluch. Einige Betroffene klagen auf Entschädigung. Bislang sind laut Medienberichten rund 180 Klagen gegen die vier großen Impfstoff-Hersteller Biontech/Pfizer, Astrazeneca, Johnson & Johnson sowie Moderna vor deutschen Zivilgerichten anhängig.

Die Erfolgschancen der Kläger bewertet der Münchener Rechtsprofessor Anatol Dutta als begrenzt. "Bisher sind nach der Rechtsprechung gewöhnliche Impfschäden nicht von der arzneimittelrechtlichen Gefährdungshaftung erfasst, sondern allenfalls gravierende gesundheitliche Langzeitschäden, angesichts derer es auch Schwierigkeiten bei der Impfstoff-Zulassung gegeben hätte, wären sie vorab bekannt gewesen", erklärt der Jurist.

Ein weiterer Knackpunkt ist die Kausalität: Es muss genau die Impfung gewesen sein, die beispielsweise eine Hirnthrombose verursacht hat. Zugunsten der Kläger geht das Gericht von Kausalität aus, sofern nachgewiesen wird, dass der Impfstoff geeignet ist, den Schaden zu verursachen.

Spahn-Verordnung begrenzt Haftung bei Impfschäden

Selbst wenn ein Gericht einen Schaden aufgrund einer Corona-Impfung anerkennt, bedeutet das nicht, dass die Hersteller auch dafür haften. Das Arzneimittelgesetz sieht zwar eine so genannte Gefährdungshaftung vor. Das heißt, Hersteller haften für Schäden durch ihre Medikamente in gewissem Umfang auch dann, wenn sie keinen Fehler begangen haben.

Für die Hersteller von Corona-Vakzinen hatte die ehemalige Bundesregierung diese Gefährdungshaftung aber weitgehend ausgeschlossen.. ……..

Impfstoff-Hersteller können Regress fordern

Sollten die Hersteller im Einzelfall trotz aller Hürden verurteilt werden, hieße das noch nicht, dass sie auch selbst zahlen müssten. Denn die EU hatte 2021 bei der Impfstoffbeschaffung Vereinbarungen mit den Pharmaunternehmen getroffen, wonach die Mitgliedstaaten - trotz Milliardengewinnen - mögliche Entschädigungsverpflichtungen übernehmen. ……

https://t.me/philippkruse/9376 18.4.2023

WHO-Sonderdebatte im Britischen Parlament

MP Andrew Bridgen bringt das Thema ins Britische Parlament.

Der Parlamentarier Andrew Bridgen, welcher zuletzt am 30. März 2023 im Britischen Parlament (https://www.youtube.com/watch?v=jh_LhBoceWg) eine einlässliche parlamentarische Debatte verlangt hatte, bewirkte, dass gestern (Mo, 17.04.2023) eine Sonder(Kommissions)sitzung des britischen Parlamentes stattfand:

Andrew Bridgen stellte die tatsächlichen Ziele der geplanten WHO-Machterweiterung nüchtern und sachlich korrekt vor und zeigte die dauerhaft verheerenden Konsequenzen für das britische Parlament, für den britischen Staat und für die Rechte der Bürger auf.

Noch in keinem anderen Parlament Europas wurden die zwei neuen rechtlichen Instrumente der WHO (New Pandemic Treaty (https://apps.who.int/gb/inb/pdf_files/inb4/A_INB4_3-en.pdf) und die [Anpassungen an den (https://apps.who.int/gb/wgihr/pdf_files/wgihr1/WGIHR_Compilation-en.pdf)] International Health Regulations) inhaltlich so offen diskutiert. Im Gegenteil: Die Bürger Europas werden über diese historische Machterweiterung der WHO globalen Ausmaßes völlig im Dunklen gelassen.

In der Schweiz werden Parlamentarier, welche nach Inhalt und Zielen der neuen WHO-Verträge fragen, vom Bundesrat wie dumme Schulkinder auf billigste Weise abgefertigt. Zuletzt die Parlamentarierin Therese Schläpfer (SVP); s. Parlamentar. Frage vom 27.02.2023, Geschäft Nr. 23.7026) (https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20237026).

Umso lobenswerter die Hartnäckigkeit von Andrew Bridgen, welcher darauf bestand, dieses Thema zwecks allgemeiner Information und zum Schutze aller Bürger (aber auch zum Schutz der Souveränität Englands) vor einer exzessiven und dauerhaften Gesundheitsdiktatur hier zu präsentieren. Wirklich sehr sehenswert.

Well done, Honorable MP Andrew Bridgen! Die Parlamentarier der vielgerühmten Schweizer Demokratie sollten sich an ihm ein Vorbild nehmen.

https://www.youtube.com/watch?v=eh30cThhVm0

Pandemic Prevention, Preparedness and Response: International Agreement, 17 Apr 2023

Andrew Bridgen MP speaks in the debate on the World Health Organisation's (WHO) pandemic prevention and preparedness treaty and accompanying amendments to the international health regulations, to raise his objections to signing up to treaties that would empower the

WHO's director-general to impose sweeping, legally binding directives on member states overriding UK sovereignty.

Der Abgeordnete Andrew Bridgen ergreift in der Debatte über den Vertrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über Pandemieprävention und -vorsorge und die damit einhergehenden Änderungen der internationalen Gesundheitsvorschriften das Wort, um seine Einwände gegen die Unterzeichnung von Verträgen vorzubringen, die den Generaldirektor der WHO ermächtigen würden, den Mitgliedstaaten weitreichende, rechtsverbindliche Richtlinien aufzuerlegen, die die Souveränität des Vereinigten Königreichs außer Kraft setzen.

https://exxpress.at/totales-politik-versagen-erstes-wiener-spital-warnt-vor-sperre-der-notaufnahme/ 18.4.2023

Totales Politik-Versagen: Erstes Wiener Spital warnt vor Sperre der Notaufnahme!

Was für ein Irrsinn: Ausgerechnet jetzt, wo Corona-Pandemie und Grippewelle vorbei sind, herrschen im Wiener Wilhelminenspital dramatische Zustände. Wegen Personalmangels wird die Notaufnahme zusperren müssen, warnen die Oberärzte. Die Stadt Wien hat sich um unzählige Covid-Tests gekümmert, aber offenbar auf das Personal vergessen.

Einer Überforderung des Gesundheitssystems wollte die Politik in der Pandemie mit unzähligen Covid-Maßnahmen vorbeugen. Doch nun, wo Corona vorbei ist, und ebenso die Grippewelle, steuert man in Wien auf eben jenen Notstand zu, den man vorher verhindern wollte. Ärzte im Wilhelminenspital schlagen Alarm: Wegen Personalnot könnte die Notaufnahme ausfallen. Mit anderen Worten: Patienten könnten in Notfällen nicht mehr behandelt werden – mit massiven lebensgefährlichen Verzögerungen muss daher gerechnet werden. ……

TV-Medicus Dr. Marcus Franz, Facharzt für innere Medizin, schüttelt den Kopf: „Hunderte Millionen für sinnlose Covid Tests habt Ihr gehabt",

richtet er der Stadt Wien aus. „Aber für das dringend notwendige Spitalspersonal habt Ihr keine Ressourcen? Wie erklärt man das dem Wiener, Her Gesundheitsstadtrat Peter Hacker?

https://report24.news/euthanasie-niederlande-will-sterbehilfe-nun-auch-fuer-kinder-erlauben/?feed_id=29634 17.4.2023

Euthanasie: Niederlande will Sterbehilfe nun auch für Kinder erlauben

Die Niederlande sind in Bezug auf die Sterbehilfe eines der liberalsten Länder der Welt. Nun soll diese sogar ausgeweitet werden: Auch unheilbar kranke Kinder sollen künftig durch ärztliche Beihilfe getötet werden dürfen. Ein durchaus umstrittener Schritt. In den Niederlanden ist Sterbehilfe bisher ab 12 Jahren möglich. Menschen können sich schon bei Vorliegen psychischer Erkrankungen mit ärztlicher Unterstützung das Leben nehmen – ab 16 Jahren braucht es dafür nicht einmal mehr das Einverständnis der Eltern. ……

Kritik an der Sterbehilfe kommt jedoch vor allem von jenen Menschen und Gruppen, die aus ethischen oder religiösen Gründen die Unverletzlichkeit des menschlichen Lebens betonen. Die Gegner argumentieren damit, dass man Ärzten damit die "Lizenz zum Töten" gebe und die Patienten nicht sicher sein könnten, ob diese nun Heiler oder Mörder seien. Auch bestehe ein Missbrauchspotenzial, welches man nicht unterschätzen dürfe. Weiters heißt es, dass Kinder keine auf Informationen basierenden Entscheidungen über ihr eigenes Leben treffen könnten und ungeschützt dem Druck von Eltern und Ärzten ausgeliefert seien.

Bisher sollen angeblich nur unheilbar kranke Kinder mit unerträglichen Schmerzen im Zuge einer Erkrankung, die bald zum Tode führen wird, für das Programm infrage kommen. In diesem Kontext muss man jedoch beachten, dass für unterstützten Selbstmord in den Niederlanden gemeinhin schon das Vorliegen einer psychischen Erkrankung ausreicht. Der Fall von Noa Pothoven sorgte diesbezüglich weltweit für Aufsehen, denn als die 17-Jährige ihr Leben beendete, berichteten mehrere Medien

im Ausland, dass dies durch aktive Euthanasie herbeigeführt worden sei. In Pothovens Fall war das nicht korrekt. Fakt ist jedoch: Dieses Vorgehen ist in den Niederlanden sehr wohl möglich. Ab 16 Jahren brauchen Jugendliche nicht einmal mehr das Einverständnis ihrer Eltern.

Das umstrittene "MAID" (Medical Assistance in Dying)-Programm in Kanada sollte ursprünglich ebenfalls nur für unheilbar kranke Menschen gelten – in diesem Jahr jedoch sollen sich die Richtlinien ändern, sodass auch Menschen mit psychischen Erkrankungen sich für ärztlich gestützte Sterbehilfe anmelden können. Der Todeswunsch ist hier häufig Symptom der Krankheit – dennoch sind psychische Erkrankungen nicht generell lebensbegrenzend und auch nicht unbedingt unheilbar. Von etlichen Medizinern wird die Ausweitung des Programms entsprechend scharf kritisiert. Staatlich assistierter Selbstmord wird unter anderem von George Soros' Open Society-Institut unterstützt (Report24 berichtete).

……

https://threadreaderapp.com/thread/1646940332578283520.html 14.4.2023

Am 23. Oktober 22 fand die Pandemieübung "catastrophic contagion" mit der Beteiligung von @johanefeld (Leiterin des ZIG) statt. Auf Anfrage teilt das @rki_de mit, dass Frau Hanefeld dort als "unabhängige Expertin" war. Reise/Teilnahme zahlte @gatesfoundation

https://t.me/barucker/5894 14.4.2023

……..

Das Pandemieplanspiel simuliert einen Ausbruch in 2025 mit einem Erreger, der eine höhere Sterblichkeit für Kinder haben soll als Corona hatte. Die Antwort auf meine Anfrage an das RKI ist hier zu finden: fragdenstaat.de/anfrage/hanefe… Alles zur Übung:

https://fragdenstaat.de/anfrage/hanefeld-catastrophic-contagion/#nachricht-763357

(Blogger, Wildnispädagoge) Bastian Barucker am 14. Jan.

Antrag nach dem IFG/UIG/VIG Guten Tag, bitte senden Sie mir Folgendes zu:

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 24. Oktober 2022 nahm die Leiterin des Zentrum für Internationalen Gesundheitsschutz (ZIG) Johanna Hanefeld an der Pandemieübung "Catastrophic Contagion" teil und sie beschreibt in einer Podiumsdiskussion ihre Eindrücke des Planspiels.

1. Welche Länder waren die zwei von Frau Hanefeld angesprochenen Länder und welchen Ansatz verfolgten diese Länder?
2. Was war die Rolle von Frau Hanefeld in der Übung?
3. Wann begannen die Planungen für die Pandemieübung und wer hat diese durchgeführt?
4. War Frau Hanefeld als „Leiterin der „RKI WHO HUB Stabsstelle" bei dieser Veranstaltung oder in einer anderen Funktion?
5. Wer hat Reise und Teilnahme von Frau Hanefeld finanziert?
6. Gibt es einen öffentlich einsehbaren Ablaufplan inklusive eines Protokolls des Geschehen?
7. Ist das WHO HUB des ZIG eine eigenständige Körperschaft oder rechtlich und finanziell mit dem RKI verbunden und wenn ja, inwiefern?

Aus der Antwort des RKI:

Sehr geehrter Herr Barucker, ……..

Frau Hanefeld hat als unabhängige Expertin an dem Planspiel teilgenommen.

Reise und Teilnahme wurden von der Bill und Melinda Gates Stiftung getragen.

Die RKI WHO Hub Stabstelle ist eine Stabstelle verortet am Zentrum Internationaler Gesundheitsschutz, einer Abteilung des RKI. ……

https://t.me/covidimpf/29557 18.4.2023

14 BEISPIELE für schwere, oft tödliche Bus-Unfälle aufgrund von medizinischen Notfällen am Steuer, nur aus den vergangenen zwei Monaten. Hohe Dunkelziffer vermutet.

🔥 Sind "geimpfte" Busfahrer und Piloten tickende Zeitbomben? .....

https://t.me/covidimpf/29557 18.4.2023

UPDATE

17 BEISPIELE für schwere, oft tödliche Verkehrsunfälle aufgrund von medizinischen Notfällen am Steuer, NUR AUS DEN VERGANGENEN FÜNF TAGEN im deutschsprachigen Raum. VERMUTLICH SEHR HOHE DUNKELZIFFER.

Wie erklärt sich diese schleichende Katastrophe in den Post-Vac-Gesellschaften❓ Diese Unfallursache spielte vor 2021 nur eine untergeordnete Rolle. .....

👉 Alle Meldungen unter: https://t.me/covidimpf

https://www.aerzteblatt.de/archiv/230693 Dtsch Arztebl 2023; 120(15): A-657 / B-563 14.4.2023

Prototypen-Impfstoffe: Bereit für eine H5N1-Pandemie

Dass die aviäre Influenza sich in Kürze auch beim Menschen ausbreitet, hält die Fachwelt eher für unwahrscheinlich. Vorbereitungen für eine Pandemie werden dennoch getroffen. Vier Mustervakzine und ein präpandemischer Impfstoff sind bei der Europäischen Arzneimittelagentur gelistet.

Die Vorbereitungen für Impfstoffe, die im Fall einer H5N1-Pandemie beim Menschen zum Einsatz kommen könnten, laufen. Darüber berichtete Ende März die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bei einem Webinar. Auch das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) teilte dazu am 13. März

mit: „Eine Anpassung und die Produktion eines angepassten Impfstoffs werden aktuell sowohl bei der WHO als auch bei der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) mit Herstellern beraten."

Die WHO wies darauf hin, dass das Global Influenza Surveillance and Response System (GISRS) für das aktuelle H5N1-Virus einen Impfstoffkandidaten entwickelt habe, der seit 2021 zur Verfügung stehe. „Die Impfstoffproduktion kann bei Bedarf mit diesen Impfstoffkandidaten sofort beginnen", erklärte die WHO-Pressestelle. ……

https://uncutnews.ch/ich-habe-den-23-weltimpfstoffkongress-in-washington-dc-besucht-das-habe-ich-gesehen-und-gehoert/ 14.4.2023

Ich habe den 23. Weltimpfstoffkongress in Washington DC besucht. Das habe ich gesehen und gehört…

Vergangene Woche besuchte ich den 23. Weltimpfstoffkongress in Washington, D.C., der sich selbst als „die wichtigste Impfstoffveranstaltung des Jahres" bezeichnet: ……..

An der Veranstaltung nahmen mehr als 3 100 Personen teil, vorwiegend aus der Pharma- und Biotech-Industrie sowie aus dem Bereich Regulierungsfragen. ……

Die Veranstaltung stand jedem offen, der bereit war, die Teilnahmegebühr zu zahlen, die bei 495 Dollar für Studenten begann und bis zu 1.000 Dollar und mehr betrug. Soweit ich das beurteilen konnte, waren hier vorwiegend große und kleine Pharma- und Biotech-Unternehmen sowie führende Vertreter der Zulassungsbehörden versammelt.

Allgemeine Eindrücke

Die Mehrheit der Teilnehmer glaubt wirklich, dass sie das Richtige tun.

Die Mehrheit der Teilnehmer lässt sich in ihrer Meinung nur von den Empfehlungen der Gesundheitsbehörden leiten. Mit anderen Worten: Sie

sind der festen Überzeugung, dass COVID-19-mRNA-Impfstoffe (und andere) äußerst sicher sind und bereits Millionen von Menschenleben gerettet haben. …….

Abgesehen von den Mitgliedern des Beratungsausschusses für Impfstoffe und verwandte biologische Produkte ….der FDA und den Beamten der britischen Gesundheitsbehörde (UKHSA) kennen nur wenige, wenn überhaupt, die Daten aus Impfstoffversuchen und Beobachtungsdaten nach der Markteinführung zur Sicherheit und Wirksamkeit des COVID-19-Impfstoffs.

Die Hauptredner und die Moderatoren der Expertenrunde, die das Thema „Impfverweigerung" zur Sprache brachten, äußerten sich abfällig über diejenigen, die es geschafft haben, die Impfung zu vermeiden, und verachteten offen diejenigen, die andere dazu ermutigten, dasselbe zu tun. ……

https://madhavasetty.substack.com/p/from-the-belly-of-the-beast?utm_source=substack&utm_campaign=post_embed&utm_medium=web

https://t.me/RA_Roehrig/5122 14.4.2023

Zusammenfassung von RA Brigitte Roehrig:

Uncut News veröffentlicht einen sehr interessanten, erschreckenden Bericht mit Äußerungen von Rednern des 23. Weltimpfstoffkongresses: Auszüge:

"Die Bekämpfung der Impfstoffzurückhaltung sei eine ebenso große Herausforderung wie der Schutz der Welt vor dem nächsten tödlichen Krankheitserreger. In der Tat konzentrierte sich ein großer Teil der Veranstaltungen auf Strategien zur Zerschlagung der beunruhigenden „Impfskeptiker"-Bewegung.... Es ist verrückt, dass sie nicht begreifen, wie großartig Impfstoffe sind."

"....Herausforderung (wird) darin bestehen ..., den gewünschten Stamm im Juni zu identifizieren, sodass wir bis September einen Impfstoff haben werden. Ein 100-Tage-Turnaround ist möglich, solange wir die Produktion auf die Beine stellen können."

Fazit der Berichterstatter:

Die führenden Vertreter der Impfstoffindustrie und der Zulassungsbehörden scheinen davon überzeugt zu sein, "der Welt ein großartiges Produkt angeboten zu haben". Frustriert sind sie, "dass es nicht ohne Weiteres und allgemein akzeptiert wird."

Und welche Lösung gibt es für dieses Dilemma? Die Lösung der Impfbefürworter ist, die Impfskeptiker zum Schweigen zu bringen, wie es die WHO mit ihrer "Infodemic"-Kampagne beabsichtigt....
https://www.who.int/health-topics/infodemic#tab=tab_1

https://uncutnews.ch/heimlich-veroeffentlichte-pfizer-dokumente-bestaetigen-dass-zwischen-82-und-97-der-mit-covid-geimpften-schwangeren-frauen-waehrend-der-laufenden-klinischen-studie-ihr-baby-verloren-haben/ 14.4.2023

Heimlich veröffentlichte Pfizer-Dokumente bestätigen, dass zwischen 82% und 97% der mit COVID geimpften schwangeren Frauen während der laufenden klinischen Studie ihr Baby verloren haben

Aus den vertraulichen Pfizer-Dokumenten, die die FDA auf gerichtliche Anordnung hin veröffentlichen musste, geht hervor, dass 82 % bis 97 % der Frauen, die irrtümlich mit der mRNA-Injektion Covid-19 behandelt wurden, entweder eine Fehlgeburt erlitten oder den Tod ihres neugeborenen Kindes bei der Geburt miterleben mussten.

Pfizer behauptete jedoch fälschlicherweise: „Die Überprüfung dieser Fälle von Anwendung in der Schwangerschaft hatte keine Sicherheitssignale gezeigt“. ……..

Eines der Dokumente, die in dem Daten-Dump enthalten sind, ist „reissue_5.3.6 postmarketing experience.pdf". Seite 12 des vertraulichen Dokuments enthält Daten über die Anwendung der Covid-19-Injektion von Pfizer in der Schwangerschaft und Stillzeit. ……

https://uncutnews.ch/moderna-droht-den-einsatz-seiner-gefaehrlichen-mrna-injektionen-auf-alle-moeglichen-krankheiten-auszuweiten/
20.4.2023

Moderna droht, den Einsatz seiner gefährlichen mRNA-Injektionen auf alle möglichen Krankheiten auszuweiten

Impfstoffe gegen die weltweit tödlichsten Krankheiten, wie Krebs und Herzkrankheiten, werden wahrscheinlich bis 2030 zur Verfügung stehen und könnten Millionen von Menschenleben retten, so der Chefarzt eines der weltweit führenden Pharmaunternehmen. …….

„Ich denke, was wir in den vergangenen Monaten gelernt haben, ist, dass, wenn Sie jemals dachten, dass mRNA nur für Infektionskrankheiten oder für Covid ist, die Beweise jetzt sind, dass das absolut nicht der Fall ist," sagte der Moderna Chief Medical Officer Paul Burton, MD, PhD, dem The Guardian. ……..

Der Moderna-Manager gab diese Erklärungen im Vorfeld der jährlichen Aktualisierung seiner Impfstoff-Pipeline-Projekte in der vergangenen Woche ab, die das Unternehmen als „Vaccines Day" bezeichnet. …..

Insgesamt erwartet Moderna „sechs große Impfstoffprodukteinführungen in den nächsten Jahren", sagte das Unternehmen in einer Erklärung und fügte hinzu, dass es davon ausgeht, dass allein der Covid-19-Booster-Markt einen Wert von 15 Milliarden Dollar hat.

…….

https://expose-news.com/2023/04/18/moderna-to-expand-use-mrna-injections-to-all-sorts/